KLIMA-2 Paris 2015 – Marrakech 2016 – Berlin 2017: Der Schutz unseres Klimas braucht Afrika!

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Dietmar Rieth (KV Südwestpfalz), Manfred Seibel (KV Südwestpfalz), Bernd Schumacher, KV Südwestpfalz), Eckard Wiendl (KV Vulkaneifel), Rupertina Engel (KV Mayen-Koblenz), Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße), Elisabeth Bröskamp (KV Neuwied), Uwe Bröskamp (KV Neuwied), Rudi Trossen (KV Bernkastel-Wittlich), Gertrud Weydert (KV Bernkastel-Wittlich), Ronald Maltha (KV Mayen-Koblenz), Marian Engel (KV Mayen-Koblenz), Ulrich Bock (KV Mayen-Koblenz), Michael Henke (Kreisverband Bad Kreuznach), Dr. Natalie Wendisch (KV Ahrweiler);

Tagesordnungspunkt: 2. Klimaschutz

Die Weltklimakonferenz von Marrakech hat gezeigt: Klimaschutz funktioniert nur weltweit! Der Kontinent vor unserer Haustür wurde dabei bisher sträflich vernachlässigt. Afrika wird bislang als Absatzmarkt für Überschussprodukte gesehen, die hier keiner haben will und bestenfalls noch als ein großes Potential billigster Arbeitskräfte. Dass auch in Afrika, mit europäischer und deutscher Hilfe, Unterstützung und Technik Klimaschutz betrieben werden kann, haben bisher nur wenige auf dem „Schirm". Dabei hätten uns die politischen Entwicklungen, die Flüchtlingswellen, die Hungerkatastrophen schon lange zeigen müssen, wo die Probleme liegen und wie die Lösungen aussehen.

Viele afrikanische Länder sind schon heute durch die Klimaänderungen (Trockenheit, Ausweitung der Wüsten, Überschwemmungen, Dürren, Missernten) massiv betroffen. Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) kommt seiner Studie „Hotspots of climatechange impacts in sub-Saharan Africa and implications for adaptation and development"[1] zu dem Ergebnis, dass Regionen des Kontinents mit hoher Wahrscheinlichkeit unter mehreren Folgen (Überschwemmungen, Dürren, Missernten) des Klimawandels gleichzeitig leiden werden. Aktuell warnt das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen vor einer drohenden Hungersnot aufgrund einer langanhaltenden Dürre in vier ostafrikanischen Ländern. 20 Millionen Menschen sind akut davon bedroht.

Das führt bereits heute zu Unruhen, Bürgerkriegen und Kriegen. Die Anzahl der Flüchtlinge aus Afrika – aus diesen Gründen, sowie aus Gründen der zu nehmenden Militarisierung und der kriegerischen Binnen- und zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen und auch weil ein einfaches Überleben vielerorts schlicht nicht mehr möglich ist – steigt seit Jahren ständig an und wird noch weiter stark zunehmen, wenn wir nicht schnell und entschieden gegensteuern. TTIP wird von uns zu Recht kritisiert, weil eine Ausbeutung durch US-Konzerne befürchtet wird.

Die Industrieländer und zunehmend auch Schwellenländer wie China halten mit ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht die afrikanischen Staaten fest im Griff. Auch die EU verfolgt in Afrika harte Wirtschaftsinteressen und lässt vielen afrikanischen Staaten kaum noch Handlungsspielraum. Das zeigt sich besonders bei den Verhandlungen um die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs). Die EU erpresst die afrikanischen Staaten, die Abkommen zu ratifizieren, obwohl es massiven Widerstand in den Länder selbst gibt.

Für uns GRÜNE stehen die verhandelten EPAs im Widerspruch zum Anspruch einer nachhaltigen Entwicklung und passen in ihrem regionalen Zuschnitt nicht zu den Regionalorganisationen, die wir in ihrer Funktion stärken wollen. Sie gefährden die eigen-ständige Ausbildung einer afrikanischen Industrie und die regionale Landwirtschaft. Viele afrikanische Staaten liefern Rohstoffe oft zu Bedingungen, die nichts mit nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung zu tun haben und ihre Märkte werden mit subventionierten, überflüssigen oder gefährlichen Produkten überflutet. So hat z.B. die örtliche Geflügelzucht gegen unsere hochsubventionierten Hähnchenflügel keine Chance. Die Arbeitsplätze in der dortigen Landwirtschaft gehen dauerhaft verloren, mit drastischen Folgen für die dort lebenden Menschen! In den meisten Ländern südlich der Sahara hat die Nahrungsmittelproduktion in den letzten drei Jahrzehnten auch deshalb nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten können. Weitere Gründe waren die mangelnde Unterstützung der landwirtschaftlichen Entwicklung und die massive Korruption unter den Eliten. Bei deren Bekämpfung wollen wir helfen und den Aufbau einer nachhaltigen, produktiven Landwirtschaft in den Entwicklungsländern unterstützen.

Wir GRÜNE wollen daher die Chancen nutzen, die eine global verantwortliche Verbraucherschutzpolitik eröffnet. Sie kann für einen nachhaltigen Konsum und fairen Handel sensibilisieren. Zudem kann sie Druck auf Unternehmen ausüben, damit diese Verantwortung für die Menschen in den Produktionsländern ebenso wie für die Erreichung globaler Klimaschutzziele übernehmen.

Fluchtursache Klimawandel

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Bundesrepublik die Klimakrise als Fluchtursache anerkennt. Ziel muss es sein, die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge zu verbessern und Fluchtursachen zu bekämpfen. Dazu müssen die westlichen Industrieländer wirtschaftliches Handeln mit der Erreichung von Entwicklungszielen, der Achtung der Menschenrechte und der Einhaltung der internationalen Sozial-, Arbeits-, Umweltschutzabkommen und in Einklang bringen.

Wir GRÜNE fordern, dass die Bundesrepublik endlich die auf europäischer Ebene vereinbarten 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungszusammenarbeit investiert. Im Rahmen des Klimaanpassungsfonds des Pariser Abkommens müssen zusätzlich Programme für eine klimaverträgliche Entwicklung und die erforderlichen Anpassungen an die Folgen des Klimawandels aufgelegt werden. Im Gegensatz dazu will die aktuelle Bundesregierung Gelder für Pariser Klimaanpassungsfonds auf Budget globale Entwicklungszusammenarbeit anrechnen. Die Entwicklungszusammenarbeit der Industriestaaten und der internationalen Organisationen muss besser koordiniert und wo immer möglich gemeinsam umgesetzt werden.

Ruanda hat in Afrika in der Klimapolitik eine Vorreiterrolle, die es zu stärken gilt. So kam es im Oktober 2016 zum Kigali-Abkommen, einemMeilenstein für den Klimaschutz. Das Abkommen, das von den Industriestaaten ein schnelleres Umsteuern verlangt als von Entwicklungsländern, kam nach einem nächtlichen Verhandlungsmarathon in der ruandischen Hauptstadt Kigali zustande.[2]Der Kompromiss wurde als der größte Erfolg seit dem Ende des Pariser Klimagipfels von Ende 2015 gewertet.[3]

Partnerschaft Ruanda – Rheinland-Pfalz nutzen

Rheinland-Pfalz mit seiner langjährigen Partnerschaft zu Ruanda hat gute Voraussetzungen zur Zusammenarbeit, aber auch eine große Verpflichtung, der es gerecht werden muss. Uns Grünen liegt nichts ferner als das Motto „am deutschen Wesen soll die Welt genesen". Wir wollen Hilfe zur Selbsthilfe bieten, wir wollen nicht ausbeuten, sondern wir wollen den Menschen vor Ort auf IHREM richtigen Weg helfen und sie unterstützen. Die Möglichkeiten dazu bietet unsere Partnerschaft mit Ruanda, es ist an der Zeit, diese weiter mit Leben zu füllen und auszubauen, zum Nutzen der Menschen dort, aber auch zum Nutzen des Klimaschutzes sowie zur Unterstützung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Wir wollen zeigen, dass es ein funktionierendes Gegenkonzept gibt! Und wir müssen, nicht zuletzt auch und gerade im eigenen Interesse, mithelfen, dass die vielen Milliarden, die allein Deutschland zur Verfügung stellen will, in eine selbstbestimmte und nachhaltige Entwicklung investiert werden.

Der nächste Entwicklungsschritt in Afrika hat das Potential, ein gesamtes – das fossile – Zeitalter zu überspringen und direkt in eine klimaneutrale Zukunft zu führen, mit den lokal vorhandenen Ressourcen, mit den Menschen vor Ort, ihren Kenntnissen und Fähigkeiten und mit ausgereiften Technologien, die es vielfach nur gibt, weil wir GRÜNE zu Beginn dieses Jahrtausends den Mut hatten, in die Energiewende einzusteigen: mit dem EEG wurde die Nachfrage nach Solarpanels, Windenergie- und Biomasseanlagen angekurbelt; die daraufhin einsetzende Massenfertigung hat die Herstellungspreise um bis zu 90% (seit 2000) gesenkt.

Die Rheinland-Pfälzer*innen können sich mit ihrem besonderen Erfahrungsschatz von 35 Jahren Partnerschaft mit Ruanda einbringen und die Fortentwicklung betreiben. Mit einem eigenständigen Profil unter dem Dach „weltweiter Klimaschutz" wollen wir GRÜNE eine starke Position und Rolle innerhalb der Landes- und Bundespolitik entwickeln. Deshalb werden wir einen Schwerpunkt im Hinblick auf die positive Besetzung dieser Thematik „wirtschaftliche Entwicklung mit afrikanischen Staaten auf Augenhöhe" entwickeln und dafür sorgen, dass unsere Rolle als international handelnde politische Kraft sichtbar und hörbar wird.

Der Energieverbrauch pro Kopf in Ruanda ist einer der niedrigsten der Welt. Lediglich 18 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zu Elektrizität, in ländlichen Gebieten sogar weniger als 2 Prozent. Ein Großteil der Elektrizität wird aus Wasserkraftwerken gewonnen. Trotzdem musste das Land bisher Energie importieren, vor allem Schweröl und Diesel Aber die Bevölkerung wächst rasant und damit auch der Bedarf an Energie. Die Elektrizitätsnetze sind oftmals veraltet und störanfällig. Stromausfälle sind immer noch an der Tagesordnung. Über 95 Prozent des ruandischen Energiebedarfs werden bislang von den traditionellen Brennstoffen Holz bzw. Holzkohle gedeckt – überwiegend für Kochzwecke in den ländlichen Haushalten. Die geht einher mit großflächigen nicht nachhaltigen Rodungen und CO_2 Emissionen bei der Produktion von Holzkohle.

Weitere Unterstützungsmöglichkeiten sehen wir an den Stellen, wo die Hilfe schnell Früchte tragen wird:

„Secondary Cities": Mit den „Secondary Cities" gibt es für Ruanda einen Plan, jenseits der Hauptstadt Kigali in den vier Provinzen klimaneutrale Städte (Wohnen und Gewerbe) in der Größenordnung von je ca. 50.000 Einwohner/innen zu

errichten. Damit sollen einerseits die Streusiedlungen von den Hügeln durch geregelte Ansiedlungen mit Ver- und Entsorgung ersetzt werden und gleichzeitig so landwirtschaftliche Flächen auf den Hügeln und in den Flusstälern geschaffen werden. Über die Selbstversorgung hinaus soll eine Landwirtschaft entwickelt werden, die auch Produkte für den heimischen und regionalen Markt produziert. Einhergehen soll das mit einer flächendeckenden beruflichen handwerklichen Ausbildung. „Secondary Cities" liegen als Konzept von Ruanda erarbeitet vor und warten auf die Umsetzung.[4] Trotz des aus strukturpolitischer Sicht gesehenen positiven Ansatzes, gibt es dagegen auch Bedenken. Erfahrungen aus anderen afrikanischen Ländern (z.B. Südafrika) zeigen, dass die praktische Umsetzung mit Zwangsumsiedlungen und einer schlechten Planung eingehen kann. Solche Plansiedlungen scheitern aber häufig daran, dass funktionierende soziale Gemeinschaften in den Ursprungssiedlungen auseinandergerissen werden. Ferner werden solche Plansiedlungen häufig an vollkommen ungeeigneten Stellen errichtet und sind dauerhaft nicht lebensfähig. Die Anforderungen an die ruandische Regierung zur Einhaltung der Menschenrechte und anderer Standards sind hoch, wenn dieses Projekt unterstützt werden soll.

Beispiel Energieversorgung: Die Regierung setzt für die Zukunft auf eine dezentrale und erneuerbare Energieversorgung. So hat das ruandische Infrastrukturministerium 333 Stellen benannt, an denen kleine und Mikro-Wasserkraftanlagen sinnvoll sind. Deren Erzeugung soll weitgehend in das nationale Stromnetz eingespeist werden. Schnell ausbaufähig sind vor allem autonome Anlagen („Off-Grid"), mit denen entlegene ländliche Gebiete mit Strom versorgt werden sollen.

Bei Photovoltaik-Anlagen hat Ruanda in Ostafrika bereits die Nase vorn: Anfang 2015 konnte mit 8,5 MW die größte Anlage dieser Art in Ostafrika eingeweiht werden. In Verbindung damit ist das weltweit größte dezentrale Strom-Speichersystem in Bau. Damit sollen bei Stromausfällen die Wasserpumpen eines Landwirtschaftsprojektes weiter versorgen werden. Neben diesem Großbetrieb wird die Nachfrage nach Photovoltaik-Technik bislang vornehmlich von ländlichen Gesundheits- und Erziehungsinstitutionen getrieben, die anders nicht mit Strom versorgt werden können.

Ruanda hat ferner ein Windkraftpotenzial, das für Pumpanlagen, Mühlendienste und die allgemeine Stromversorgung genutzt werden kann. Studien sind verfügbar, eine erste Windmühle steht bereits am Mount Jali. Hinzu kommt ein geothermisches Potenzialzwischen 170 bis 340 MW. Zur Erreichung der Ziele von Paris ist ein Umbau der weltweiten Energiesysteme notwendig. Dies kann nur gelingen durch internationalen Wissensaustausch und Kooperation unter Berücksichtigung lokaler Bedingungen und Herausforderungen. Deutschand trägt dabei auch globale Verantwortung.

Die riesigen – gesundheitsbedrohenden wie klimaschädlichen – Mengen an Methangas aus dem Kivu-See[5]sollen zur Energiegewinnung genutzt werden[6]. Damit würde sich deren klimaschädliches Potential um ca. 96% verringern und die mittelfristig drohende eruptive Freisetzung größerer Gasmengen gebannt werden. Technisch ein kompliziertes und schwieriges, aber notwendiges Vorgehen, bei dessen sicherer Durchführung die besten Fachkräfte der Welt gebraucht werden.

Rheinland-Pfalz mit seiner langjährigen Partnerschaft zu Ruanda hat gute Voraussetzungen, Ruanda bei der Entwicklung einer dezentralen, klimafreundlichen

und nachhaltigen Energieversorgung zu unterstützen. Wir können dabei helfen, dass sich Ruanda zu einem klima- und energiepolitischen Leuchtturm in Afrika entwickelt.

Beispiel Bildung und Wissenschaft: Entwicklungspolitik und nationale Politiken müssen sich stärker um die Unterstützung eines leistungsfähigen, nachhaltigen und inklusiven Privatsektors vor Ort bemühen, der Wertschöpfung in den afrikanischen Ländern ermöglicht und die Bevölkerung mit menschenwürdigen Arbeitsplätzen versorgt. Zur Entwicklung von Infrastruktur und zur Finanzierung einer auf CO2-Vermeidung orientierten Wirtschaft müssen afrikanischen Staaten die erforderlichen und zugesagten Finanzierungen bereitgestellt werden.

Dabei stellt sich für die afrikanischen Länder die Frage, welches industrielle Normensystem übernommen wird, das US-amerikanische oder das europäische. Die schrittweise Übernahme und Implementierung der EU Normenfamilie in die technischen und wirtschaftlichen Abläufe in Afrika hat eine systematische Wirkung für eine planbare wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung in Afrika und deren erleichterten Zugang zu den weltweiten Märkten.

Deutschland und die EU Afrika müssen außerdem durch Bereitstellung und Zusammenarbeit beim gemeinsamen Aufbau von Technologiekompetenz und Wissen für klimabedingte Anpassungsmaßnahmen, Emissionsreduktion und den Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise unterstützen.

Ruanda ist ein kleiner aber hocheffizienter und gut vernetzter afrikanischer Zentralstaat (weitreichendes Glasfasernetz), mit einer gut ausgebildeten jungen Bevölkerung (12 Pflichtschuljahre), wenig sonstigen klassischen Rohstoffen (im Unterschied zum umkämpften Kongo)und wirksamer Müllvermeidung (gesetzliches Plastiktütenverbot seit Jahren und dessen konsequenter Umsetzung). Die - im afrikanischen Vergleich - geringe Korruptionsrate (zweitbester Platz im afrikanischen Ranking) und eine hohe Effizienz der Staatsorgane sowie einer seit 1994 deutlich verbesserten inneren und äußeren Sicherheit und einer Aufgeschlossenheit gegenüber deutschen und europäischen Unternehmen können Ruanda zum Türöffner werden lassen.[7]Allerdings ist Ruanda auch im Jahr 2017 noch kein Vorzeigeland afrikanischer Demokratie. Presse und Opposition werden unterdrückt, Präsident Kagame regiert autoritär und steht durch die Ausbeutung der östlichen Kongogebiete international in der Kritik.[8]

Schlussfolgerungen

Konkret fordert die LDV der rheinland-pfälzischen Grünen, dass:

- die Bundesregierung die Klimakrise als Fluchtursache anerkennt,
- die Bundesregierung die humanitäre Hilfe für Afrika erhöht sowie zügig die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit auf ein Niveau anhebt, das den europäisch und international vereinbarte Zielen entspricht und ihre Zusammenarbeit zugleich besser mit den anderen Industriestaaten und internationalen Organisationen koordiniert,
- die Bundesrepublik und die EU Afrika durch Bereitstellung und Zusammenarbeit beim gemeinsamen Aufbau von Technologiekompetenz und Wissen

für klimabedingte Anpassungsmaßnahmen, Emissionsreduktion und den Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaftsweise unterstützen,

- die bundeseigene Förderbank KfW aufhört, Kohlekraftwerke zu finanzieren, sondern stattdessen ihr Engagement für erneuerbare Energien weiter verstärkt,
- die Bundesrepublik den für Deutschland versprochenen Anteil von etwa 10 % am 100 Mrd. US-Dollar Fonds für die internationale Klimafinanzierung[9] bereitstellt,
- Rheinland-Pfalz weiterhin seinen Anteil zum Erreichen der Klimaschutzziele erbringt, für den die Landesregierung mit dem Klimaschutzgesetz und dem Klimaschutzkonzept die Grundlagen gelegt hat, und
- Rheinland-Pfalz im Rahmen der erfolgreichen Partnerschaft mit Ruanda einen Fokus auf den Bereich Erneuerbare Energien, Umwelttechnologie und Ressourcenschutz legt, um dem Land bei auf dem Weg zu den Erneuerbaren Energien zur Seite zu stehen.

Wir GRÜNE denken über den Tellerrand hinaus. Daher sehen wir die Notwendigkeit der Einbeziehung Afrikas in alle Maßnahmen zum Klimaschutz. Wir haben die Ideen dazu, die Kontakte und die Menschen. Wir streben daher eine breit aufgestellte Teilnahme grüngeleiteter Institutionen und Ministerien, aber auch von Fachleuten und Entwicklungspolitiker*innen aus RLP an der für 2017 angekündigten Afrikakonferenz in Berlin an.

1 http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/gcb.12586/abstract

2 Es besagt, dass die klimaschädlichen FKW-Gase drastisch reduziert werden sollen. http://www.focus.de/politik/ausland/ein-halbes-grad-weniger-erderwaermung-weltgemeinschaft-schafft-meilenstein-fuer-den-klimaschutz-und-niemanden-interessiert-s_id_6078573.html

3 http://www.heute.de/klimakonferenz-in-ruanda-einig-fkw-wird-reduziert-umweltministerin-hendricks-zufrieden-45648874.htmlwir

4 Develop Rwandan Secondary Cities as Model Green Cities with Green Economic Opportunities, Kigali, 20 March 2014, Okju Jeong,
Ph.D., Rwanda Country Manager, Global Green Growth Institute

5 http://www.taz.de/!5316974/

6 Neue Märkte – Neue Chancen, Ein Wegweiser für deutsche Unternehmer, Ruanda, S. 5

7 Neue Märkte – Neue Chancen, Ein Wegweiser für deutsche Unternehmer, Ruanda

8 http://www.swr.de/unternehmen/karriere/cmt/wie-gefaehrlich-ist-ruanda/-/id=14848720/did=18833218/nid=14848720/10h760k/index.html

9 http://www.deutscheklimafinanzierung.de/einfuehrung-klimafinanzierung-aus-deutschland/

Begründung

Begrüdung folgt mündlich.